



Planlos in die Energiewende? Wie gehen wir mit den Auswirkungen auf Natur und Landschaft um?

Ein Diskussionsbeitrag

Die Energiepolitik der vergangenen zehn Jahre ist durch eine große Dynamik gekennzeichnet. Im Jahr 1999 wurde die erste umfassende NABU-Position für eine zukunftsfähige Energieversorgung mit dem Titel „Auf dem Weg ins Solarzeitalter“ veröffentlicht. Seitdem haben sich die erneuerbaren Energien rasant entwickelt, es wurde eine Regelung zu Restlaufzeiten von Atomkraftwerken vereinbart und der Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument in Europa eingeführt. Viele der NABU-Forderungen haben die Debatte um den Einstieg in eine andere Energiepolitik in Deutschland mitgeprägt. Nach der erschreckenden Atomkatastrophe in Fukushima wurde dafür der Begriff der Energiewende geprägt und schnell zum breiten Konsens erhoben. Doch wie diese Energiezukunft konkret aussehen soll und wie der Übergang dorthin gestaltet werden kann, dazu bestehen sehr unterschiedliche Vorstellungen. Es mangelt derzeit nicht an energiepolitischen Zielen, Szenarien und Konzepten, aber das Management der Energiewende droht im Wirrwarr unterschiedlicher Einzelinteressen unterzugehen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft scheinen mit den Herausforderungen eines beschleunigten Strukturwandels überfordert, ebenso der Komplexität des Gesamtprojekts und mit der Umsetzung der erforderlichen Investitionen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums.

Aus Sicht des NABU müssen aber jetzt die zentralen Weichen in der Energiepolitik gestellt werden, damit wir den Anforderungen des internationalen Klimaschutzes gerecht werden und gleichzeitig negative Effekte auf die biologische Vielfalt verhindern. Dafür brauchen wir auch einen scharfen Blick für mögliche Konflikte, denen sich gerade Naturschützer stellen müssen. Der Bau neuer Windkraftanlagen und die Erweiterung der Netzinfrastruktur sind notwendig, werden aber im konkreten Fall nicht ohne intensive Auseinandersetzungen zu erreichen sein. Dies erfordert von Allen, auch vom NABU, ein hohes Maß an Diskussions- und Kompromissfähigkeit. Gleichzeitig wird schon jetzt bei einem Anteil von nur rund 12 Prozent am Endenergieverbrauch in Deutschland deutlich sichtbar, dass sich die erneuerbaren Energien als neue Landnutzung großflächig in Deutschland etabliert haben. Der NABU wird sehr darauf achten müssen, dass bei allen Maßnahmen die Anliegen des Natur- und Umweltschutzes in transparenten Verfahren ausführlich erörtert und berücksichtigt werden. Noch ist so mancher Politiker in Versuchung, das alte „Totschlagargument“ der Arbeitsplätze durch ein neues, namens Energiewende, zu ersetzen. Das wäre fatal, denn sorgfältige Planung und frühzeitige Bürgerbeteiligung werden für die Akzeptanz der Energiewende entscheidend sein.

Ein Jahr nach dem erneut beschlossenen Atomausstieg mehren sich erneut die Stimmen, die das Gesamtprojekt der Energiewende als ökonomisch, sozial und ökologisch widersinnig in Frage stellen. Dabei gilt es, die Kritik ernst zu nehmen und lernfähig zu bleiben. Es kann keinen über die Jahrzehnte bis 2050 hinweg unveränderlichen Masterplan geben. „Energiepolitik aus einem Guss“ wird eine Chimäre für Sonntagsreden bleiben: Fast unweigerlich werden wir Fehler machen und müssen in der Lage sein, diese – z. B. bei der Übernutzung von nur begrenzt verfügbaren nachwachsenden Rohstoffen – rechtzeitig zu korrigieren, ohne die umweltpolitischen Ziele für unsere Energieversorgung aus dem Auge zu verlieren. Für den NABU ist klar, dass die Energiewende nicht am Naturschutz scheitern soll, aber dafür müssen wir einen besseren Umgang bei der Bewertung und Begrenzung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft finden.

Energielandschaften – gestern, heute, morgen

Die menschliche Nutzung von Energieressourcen hat Natur und Umwelt immer schon in immensem Ausmaße geprägt. Mit dem Fortschreiten der Zivilisation und der wachsenden Weltbevölkerung wurde unsere große Abhängigkeit, insbesondere von Holz und anderer Biomasse als Brennstoff und Energieträger, zum Problem: Unser ehemals „grüner“ Planet wurde im großen Maßstab abgeholzt, die vielfältigen Wald-Ökosysteme bedecken heute nur noch knapp ein Drittel der weltweiten Landoberfläche – mit weiterhin stark abnehmender Tendenz und einer großen Bedrohung für die biologische Vielfalt. Erst mit der Nutzung der fossilen Energieträger wurde die Industrialisierung möglich. Auf einmal stand Energie in kompakter Form und für damalige Vorstellungen in scheinbar unendlicher Menge zur Verfügung. Seit Jahrzehnten bilden nun Kohle, Erdöl und Atom das Rückgrat unserer Energieversorgung. Entsprechend haben Ölförderung und Raffinerien, Kohlezechen, Tagebaue und Atommeiler weltweit die Landschaften – zumeist mit katastrophalen Folgen – verändert.

Durch die hohe Importabhängigkeit Deutschlands von Steinkohle, Uran, Erdöl und Erdgas haben wir einen Großteil der massiven Naturzerstörung und Umweltbeeinträchtigungen durch die Ausbeutung von

fossilen und nuklearen Energieressourcen in zum Teil weit entfernte Länder und Kontinente „verlagert“. Je knapper die Rohstoffvorkommen werden, desto dreckiger und unkonventioneller werden die Fördermethoden. Selbst bei steigenden Preisen für fossile Energieträger führt dies nicht etwa zu einer Verbesserung der Umweltbedingungen in den besonders geschädigten Schwellen- und Entwicklungsländern, sondern zur Erschließung bisher unrentabler und besonders umweltschädlicher Ressourcen, wie am Beispiel der kanadischen Teersande besonders deutlich wird. Bis heute trägt die Ausbeutung fossiler und nuklearer Energieträger in vielen Ländern zu einer massiven Verschmutzung von Böden, Gewässern und der Luft bei.

In Deutschland bekommen wir nur noch regional kleine Ausschnitte dieser Umweltzerstörung vor Augen geführt. So trägt die heimische Braunkohle mit ihren riesigen Tagebauen im Rheinland und in der Lausitz gerade mal noch gut zehn Prozent zum gesamten Primärenergieverbrauch hierzulande bei. Bei der Umwandlung in Strom gehen noch einmal rund 60 Prozent und mehr Energie verloren, so dass pro erzeugte Kilowattstunde die Braunkohle die höchsten Treibhausgas-Emissionen aufweist und damit der klimaschädlichste Energieträger überhaupt ist. Selbst wenn wir sämtliche Endenergie in Form von Strom, Wärme und Kraftstoffen aus heimischer Braunkohle bereitstellen könnten, wären der Flächenverlust und die Naturzerstörung in Deutschland so gigantisch, dass der öffentliche Protest dagegen alles andere in den Schatten stellen würde. Dagegen erscheinen die negativen Auswirkungen erneuerbarer Energien zunächst begrenzt. Jedoch hat sich die Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe in Deutschland innerhalb von 10 Jahren verdreifacht und nimmt heute rund zwölf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Beschlag. Am Beispiel des zunehmenden Umbruchs von Grünland in den letzten Jahren zeigte sich deutlich, dass diese Entwicklung bereits zu massiven Konflikten mit den Zielen des Klima- und Naturschutzes geführt hat. Wenn aber die erneuerbaren Energien in Zukunft unsere Landschaft noch in größerem Maße als heute prägen werden, müssen wir uns sorgfältig mit ihren Effekten für die biologische Vielfalt auseinandersetzen.

Der bisherige Erfolg der Energiewende bezieht sich daher vor allem auf das schnelle quantitative Anwachsen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien innerhalb weniger Jahre auf rund 20 Prozent des deutschen Gesamtverbrauchs in 2011. In den nächsten neun Jahren wird mit einer weiteren Verdopplung dieses Anteils gerechnet, vor allem bedingt durch den weiteren Ausbau der Windenergie an Land und auf See. Aber auch die Photovoltaik und die Biomassenutzung haben in den vergangenen Jahren in bestimmten Regionen massiv zugelegt. Parallel dazu muss die Anpassung und Erweiterung der Stromnetze und Entwicklung neuer Speichermöglichkeiten vorangetrieben werden, damit Erzeugung und Verbrauch trotz schwankender Einspeisung von Solar- und Windstrom auch künftig noch in Einklang zu bringen sind. Erstmals wird damit nicht mehr nur an den windstarken Standorten an der Küste und im Osten Deutschlands über die Auswirkungen dieser zunehmend dezentralen Energieerzeugung auf Natur und Landschaft gestritten, sondern auch in bisher weniger betroffenen Regionen im Binnenland und in den südwestlichen Bundesländern.

Dezentralität bedeutet mehr Eingriffe und mehr Konflikte

Der bisherige Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung hat die Beschlüsse zum Atomausstieg im Juni 2011 politisch überhaupt erst ermöglicht und kann den Anteil der nun stillgelegten Kapazitäten bereits ersetzen. Wenn die Energiewende konsequent fortgesetzt wird, verdrängen insbesondere Wind und Photovoltaik zunehmend Strom aus fossilen Großkraftwerken und sichern so das Erreichen unserer Klimaschutzziele. Aber die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien bringt eine Vielzahl an Eingriffen in den Naturhaushalt mit sich, unter anderem neue Risiken für den Schutz bedrohter Arten und Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes. Dezentralität bedeutet, dass ein Atom- oder Kohlekraftwerk nur durch zahlreiche Windkraft- oder Biogasanlagen, Blockheizkraftwerke und Solaranlagen, Speicher und auch neue Stromleitungen ersetzt wird. Der Naturschutz hat berechtigte Sorgen, dass die Summe der damit verbundenen Auswirkungen die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland zusätzlich gefährden könnte.

Die Konflikte, die dadurch entstehen können, sind in der Vergangenheit insbesondere bei der Standortsuche für neue Windenergieanlagen deutlich geworden. Aus Naturschutzsicht sollte es kein Problem darstellen, deutschlandweit rund zwei Prozent der Landesfläche als Eignungsgebiete für die Windkraft zu identifizieren und raumplanerisch zu sichern. Denn die ökologischen Auswirkungen beschränken sich auf bestimmte Vogel- und Fledermausarten, die entweder durch Kollisionen tödlich verunglücken oder aus ihren Lebensräumen, wegen eines ausgeprägten Meideverhaltens, vertrieben werden. Für einige Vogelarten kann zudem durch die Konzentration von Windparks an Engstellen von Flugrouten auch eine Barriere entstehen. Dies ließe sich durch ein Standarduntersuchungskonzept durchaus klären und durch eine verbindliche Festsetzung von Eignungsgebieten auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigen. Doch die Handhabung der Planungs- und Genehmigungsverfahren unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. Gerade in Regionen, die bisher die Windenergie kategorisch ausgeschlossen haben, soll es nun auf einmal ganz schnell gehen: Jede Kommune darf für sich entscheiden, wo wie viel Windenergie zugebaut werden soll. Es beginnt ein Wettlauf um Investitionen und Rendite, die räumliche Steuerung der gesamten Entwicklung wird dabei ausgehebelt und der Naturschutz als potenzieller Spielverderber an den Pranger gestellt. Bürgerinitiativen protestieren zunehmend effektiv gegen diese Form der Energiewende.

Deshalb setzt sich der NABU dafür ein, bei Streitfällen um die Nutzung erneuerbarer Energien in den Kommunen zu vermitteln und konstruktive Lösungen zur Umwelt- und Naturverträglichkeit zu ermöglichen. Schwerpunkte waren dabei bisher neben Konflikten um Vogelschutz und Windenergie auch ökologische Anforderungen an die Errichtung von Solarparks auf Freiflächen. In den letzten Jahren haben zudem vor allem die Diskussionen um die energetische Verwertung von Biomasse für den Naturschutz massiv an Bedeutung gewonnen. Unsere Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen um einzelne Energieprojekte vor Ort machen deutlich, dass grundlegende Entscheidungen – wie z.B. die Standortwahl, die Dimensionierung von Anlagen, ein regional angepasstes Betriebskonzept – die Akzeptanz des

weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien ganz wesentlich mitbestimmen und sich in der Regel nachträglich kaum korrigieren lassen. Werden hier bereits kritische Festlegungen getroffen, kann unter ungünstigen Voraussetzungen später vor Ort kein konstruktiver Dialog mehr über das Vorhaben geführt werden.

Dabei müssen in Zukunft viel stärker auch der Anlagenbestand und entsprechende Wechselwirkungen mit neuen Planungen in den Fokus rücken. Während dies beim Repowering bestehender Windparks offensichtlich ist, steht eine Korrektur der Fehlentwicklungen im Biogassektor immer noch aus. In einer Region mit über 50 Prozent Maisanteil auf den landwirtschaftlichen Flächen hilft es der Natur nichts, wenn eine neue Anlage nur noch zur Hälfte mit Mais betrieben werden darf. Die Umstellung auf eine größere Vielfalt an naturverträglichen Substraten, die Verringerung der besonders klimaschädlichen Methan-Emissionen, die energetische wie ökologische Optimierung des Anlagenkonzept und auch die vorzeitige Schließung von unverträglichen und ineffizienten Altstandorten wird sich nicht alleine mit Veränderungen beim Vergütungssystem des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) regeln lassen. Konkurrierende Interessen und Schutzgüter müssen daher künftig auf regionaler Ebene möglichst schon im Vorfeld konkreter Planungen durch einen Konfliktcheck identifiziert werden, um tragfähige Lösungen für eine möglichst naturverträgliche Energiewende zu ermöglichen.

Kommt der Naturschutz unter die Räder?

Durch die Vielzahl der Einzelbaustellen bei der Umsetzung der Energiewende verfestigt sich insbesondere bei den ehrenamtlichen Naturschützern vor Ort der Eindruck, dass ihr langjähriges Engagement, ihre Arbeit und ihre Werte bedroht werden. Politiker und Investoren stellen öffentlich Errungenschaften und Erfolge des Naturschutzes in Frage – sei es die Ausweisung von Schutzgebieten, die Klagerechte von Umweltverbänden oder den Sinn und Zweck von Artenschutzaktivitäten. Aber auch emotionale Faktoren, wie die Wertschätzung von Kultur- und Naturlandschaften, die noch nicht durch technische Bauwerke überformt sind, werden ignoriert. Sie behindern angeblich die Umsetzung der

Energiewende, gefährden die Planungs- und Versorgungssicherheit. Statt Naturschutzbelange zu würdigen und geltendes Recht zu berücksichtigen, sollen erfolgreiche Instrumente wie die Eingriffsregelung oder die Natura2000-Richtlinien der EU ausgehebelt oder unterlaufen werden. Der NABU ist sich der politischen Bedrohung sehr bewusst und wird sich dagegen mit allen Mitteln wehren.

Natürlich gibt es bei einem solch komplexen Vorhaben auch Anpassungsbedarf bei den rechtlichen und planerischen Rahmenbedingungen, wo wir als Naturschutzverband fachlich kompetent und konstruktiv mitwirken wollen – als Partner und nicht als Gegner der Energiewende. Doch bei aller Kompromissbereitschaft lassen wir uns nicht als Akzeptanzbeschaffer für die Politik oder für die Investitionsvorhaben einzelner Unternehmen instrumentalisieren. Als flächendeckend in Deutschland vertretender Umwelt- und Naturschutzverband mit fast 500.000 Mitgliedern haben wir die gesellschaftliche Verantwortung, auf bestehende Konflikte mit dem Erhalt der biologischen Vielfalt bei der Energiewende hinzuweisen und auf Korrekturen von Fehlentwicklungen zu drängen, wenn diese von den Entscheidungs- und Vorhabensträgern ignoriert oder übergangen werden.

Gleichzeitig steht der Naturschutz selbst vor immensen Herausforderungen, die einen neuen Umgang mit den Klimaveränderungen und dem immensen Rohstoffhunger unserer Gesellschaft erfordern. Wo Lebensräume in Deutschland bedingt durch den Klimawandel verloren gehen, wie in den Hochlagen der Mittelgebirge, den Alpen und an den Küsten, ist mit dramatischen Verlusten bei Flora und Fauna zu rechnen. Dort laufen die klimabedingten Veränderungen am schnellsten ab – zu schnell für viele Arten und Lebensgemeinschaften. Dies lässt sich auf keinen Fall mit den Schlagopfern bei Vögeln und Fledermäusen an Windenergieanlagen im Wald verrechnen. Aber wir müssen sorgfältig die Auswirkungen der nicht vermeidbaren Eingriffe durch die Energiewende abwägen und entscheiden, wo wir uns am wirkungsvollsten für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen können. Der Naturschutz braucht die Energiewende und muss vom Bedenkenträger zum Mitgestalter werden. Dazu müssen wir aber auch die Ziele des Natur- und

Artenschutzes vertreten und sie in die Ausgestaltung der Energiewende einbringen.

Was können wir tun, um die Energiewende in Deutschland möglichst naturverträglich zu steuern?

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn ihre Ausgestaltung und Umsetzung künftig besser koordiniert und zugleich sowie transparent und verständlich kommuniziert wird. Um die negativen Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu minimieren, muss aus Sicht des NABU Folgendes passieren:

- die Instrumente zur räumlichen Steuerung von Investitionen (insbesondere über die Regionalplanung und das Baurecht) in Energieeinsparung, -effizienz und erneuerbare Energien einschließlich der benötigten Netz- und Speicherinfrastrukturen müssen entweder neu eingeführt oder deutlich gestärkt werden;
- das Fachrecht muss weiter entwickelt und konsequent angewendet werden, insbesondere hinsichtlich der Einhaltung von Anforderungen aus den Bereichen Immissionsschutz, Wasserrecht, Naturschutz sowie der guten fachlichen Praxis in der Land- und Forstwirtschaft, entsprechend der Erkenntnisse aus der ökologischen Begleitforschung;
- der Natur- und Artenschutz muss in die Fördermechanismen für die Energiewende integriert werden. Das bedeutet, dass die politische Unterstützung und die Finanzierungsinstrumente für die Energiewende an ökologische Mindeststandards gebunden und zusätzliche Anreize für die Umsetzung besonders vorbildlicher und zukunftsorientierter Lösungen geschaffen werden;
- zudem muss die Einbindung regionalen Sachverständigen, auch aus den Natur- und Umweltschutzverbänden, in die konkrete Planung besser gewährleistet werden.

Das politische Instrumentarium muss dafür kontinuierlich überprüft und angepasst werden, damit die Energiewende im Einklang mit den klimapolitischen Erfordernissen erfolgt, ohne die Ziele des Natur- und

Artenschutzes zu unterlaufen oder bestehende Schutzgebiete und Projekte zu gefährden bzw. zu entwerten. Daher sollten die Umweltverbände auch bei der Erstellung des Monitoringkonzepts für die Umsetzung der Energiewende und bei der Bewertung der (Zwischen-) Ergebnisse umfassend beteiligt werden, um die Wirksamkeit und mögliche Wechselwirkungen sämtlicher beschlossener Maßnahmen regelmäßig analysieren und Empfehlungen für erforderliche Nachbesserungen erarbeiten zu können.

Ohne eine höhere Bereitschaft zu Gesprächen mit dem Naturschutz und dem Willen zur Verständigung bei Entscheidungsträgern in Ministerien, Behörden, bei Investoren und Betreibern wird die notwendige gesellschaftliche Unterstützung für die Energiewende nicht zu erreichen sein. Vor allem in den Kommunen müssen wir aktiv die gesellschaftliche Debatte führen, wie diese in ihrer Region die Energieversorgung in der Zukunft mitgestalten wollen. Dazu reicht es nicht mehr, möglichst viele Einzelanlagen in der Landschaft aufzustellen, sondern die Kommunen sollten gemeinsam mit ihren Bürgern und anderen Nutzern sowie Investoren und Interessenvertretern ein vernünftiges Energiekonzept entwickeln: Wer braucht künftig wie viel und welche Energie? Wie lassen sich die einzelnen Anlagen im Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich sinnvoll konzipieren und miteinander vernetzen? Wie lassen sich negative Auswirkungen begrenzen und der Nutzen für die lokale Bevölkerung steigern?

So sind künftig intelligente Lösungen für den Eigenverbrauch von Strom aus erneuerbaren Energien und quartiersbezogene Sanierungskonzepte für die energetische Modernisierung des Gebäudebestands entscheidend, damit Kommunen, Bürger und Unternehmen erkennen, welche Vorteile sie ganz konkret von der Energiewende in ihrer Region haben. Eine Stärkung der räumlichen und zeitlichen Steuerung von Einzelprojekten kann dabei helfen, Bürgerproteste und Konflikte mit dem Umwelt- und Naturschutz zu vermeiden. Voraussetzung für die Akzeptanz ist aber auch, dass die einzelnen Anlagen standortangepasst geplant und betrieben werden.

Der NABU verbindet sein Engagement für den praktischen Naturschutz und eine lebenswerte Zukunft mit dem Einsatz für eine klimaverträgliche Energiepolitik.

NABU-HINTERGRUND – Planlos in die Energiewende? Ein Diskussionsbeitrag

Dabei dürfen Klima-, Ressourcen- und Naturschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die zentrale Herausforderung der Energiewende besteht nicht darin, einfach fossile durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Die Zunahme der Abholzung von Regenwäldern, des Umbruchs von Grünland zur Ausweitung der Ackerflächen, der Vermaischung der Landschaft, die Intensivierung der Forstwirtschaft und die Deckungslücke beim Holzbedarf machen deutlich, dass dies ein Irrweg ist. Ohne eine massive Absenkung vor allem unseres viel zu hohen Wärme- und Kraftstoffverbrauchs ist eine naturverträgliche Energiewende nicht umsetzbar. Selbst wenn wir unsere heutige Energieverschwendung wesentlich eindämmen und Technologiesprünge zur Effizienzsteigerung schaffen, werden die sogenannten Reboundeffekte und die zunehmende Elektrifizierung unserer Welt vor allem den Bedarf im Stromsektor weiterhin auf einem hohen Niveau halten, den wir künftig vorrangig durch Wind und Sonne decken müssen.

Zum Weiterlesen

Die wesentlichen Anforderungen an eine zukunftsfähige Energiepolitik hat der NABU bereits 2008 in seinem Grundsatzprogramm Energie zusammengestellt und gleichzeitig Lösungen für wesentliche Interessenkonflikte aufgezeigt, die sich bei der Nutzung der Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme ergeben. Besonders wichtig ist dem NABU eine möglichst frühzeitige und intensive Auseinandersetzung mit den zentralen Akteuren und Betroffenen vor Ort. Mit Förderung durch das Umweltbundesamt aus Mitteln des Bundesumweltministeriums haben wir unter anderem einen Kommunikationsratgeber zum Ausbau Erneuerbarer Energien erarbeitet, der Wege aufzeigt, wie die Information, Beteiligung und Zusammenarbeit von Investoren, Planern, Behörden, Naturschützern und Bevölkerung verbessert sowie aktiv und konstruktiv gestaltet werden können.

Mehr dazu finden Sie im Internet unter:
www.NABU.de/energie

Die Verfasser

Olaf Tschimpke, geboren am 02.12.1955 in Peine, wurde auf der Bundesvertreterversammlung des NABU am 21. Juni 2003 in Kassel zum NABU-Präsidenten gewählt. Zuvor war er seit 1985 insgesamt 18 Jahre für den NABU als Landesgeschäftsführer und seit 2000 als Vorsitzender des NABU Niedersachsen tätig. Der Diplom-Geograph ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder. Sein Studium absolvierte er in Gießen und widmete sich vor seiner Tätigkeit beim NABU Forschungsarbeiten über Umweltprobleme und Fragen der umweltverträglichen Landnutzung in Sri Lanka und Tansania. Von 1995 bis 2001 war Olaf Tschimpke nebenberuflich als Lehrbeauftragter für das Fachgebiet Umweltpolitik an der Fachhochschule Hildesheim-Holzminde tätig. Seit 2004 ist Olaf Tschimpke Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Naturschutzgeschichte, Mitglied im Kuratorium der Michael-Otto-Stiftung, im Kuratorium der Hanns R. Neumann Stiftung, im Aufsichtsrat des Wuppertal Institutes und im ZDF-Fernsehrat sowie stellvertretender Vorsitzender im Rat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

Carsten Wachholz, geboren am 31.05.1975 in Halle/Westfalen, arbeitet seit Ende 2006 als Referent für Energiepolitik und Klimaschutz beim NABU-Bundesverband. Seit Oktober 2009 ist er zudem stellvertretender Leiter des Fachbereichs Umweltpolitik und Naturschutz. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit sind die Themen Akzeptanz und Partizipation sowie Konfliktlösungen beim möglichst naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien. Carsten Wachholz ist zudem Mitglied der Global Task Force on Climate Change im Netzwerk von BirdLife International, dem Dachverband des NABU. Der Diplom-Umweltwissenschaftler hat an der Universität Lüneburg mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeitskommunikation und räumliche Planung studiert. Danach war er unter anderem mehrere Jahre als Kommunikationsberater und Moderator bei der IKU GmbH, Die Dialoggestalter, in Dortmund tätig.

Kontakt

NABU-Bundesverband, Carsten Wachholz, stellv. Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik
Tel. 030-284984-1617, E-Mail: carsten.wachholz@NABU.de

Impressum: © 2012, Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de. Text: J.-A. Krüger, Fotos: Fotolia/C. Otte, Pixelio/G. Schönemann, Fotolia/pikealot, 05/2012